

## «Wenn wir diese Chance verpassen, ist es für viele Jahre gelaufen»

**Pfäffikon** Der Sozialdienst des Bezirks Pfäffikon will umziehen. Bei der SVP sorgt das für rote Köpfe. Jetzt wehrt sich der Präsident des Zweckverbands Soziales.



«Unsere Mitarbeitenden sind so ziemlich mit allen Problemen unserer modernen Gesellschaft konfrontiert»: Lukas Weiss, Präsident des Zweckverbands Soziales im Bezirk Pfäffikon. Foto: Sandro Compagno/Dominik Gut

### Darum geht es

Im Februar 2020 hatte die Stimmbewölkerung des Bezirks Pfäffikon eine geplante Zentralisierung des Sozialdiensts an der Sophie-Guyer-Strasse 9 in Pfäffikon verworfen. Im Vorfeld hatte sich vor allem die SVP quergestellt. Zu teuer, zu luxuriös waren ihre Argumente. Zu diesem Zeitpunkt waren der

Sozialdienst auf drei Standorte verteilt, aktuell sind es noch zwei. Nachdem kein alternativer Standort gefunden werden konnte, unternimmt der Zweckverband Soziales einen erneuten Versuch, seine Behörde am Standort Sophie-Guyer-Strasse zusammenzulegen. (sco)

**Herr Weiss, das Stimmvolk des Bezirks Pfäffikon hat im Februar 2020 die Zusammenlegung des Sozialdiensts am Standort Sophie-Guyer-Strasse in Pfäffikon klar abgelehnt. Wieso wollen Sie diesen Volksentscheid umgehen?**

Lukas Weiss: Es liegt in der Natur eines Volksentscheids, dass die Gründe für die Ablehnung auf dem Stimmzettel nicht aufgeführt werden. Im Abstimmungskampf wurden aber drei Argumente genannt: die höheren Mietkosten, die lange Vertragsdauer und der hohe Raumbedarf. Nicht bekämpft wurden die Zusammenlegung an sich und auch nicht der Standort. Das war die Ausgangslage für die Lösungssuche.

**Noch immer steht der Vorwurf der SVP im Raum, dass die Büroflächen zu grosszügig bemessen und die Mietkosten zu hoch seien.**

Wir haben im April dieses Jahrs bereits einen Teil des Sozialdiensts an der Sophie-Guyer-Strasse zusammengeführt. In diesem Bereich beansprucht ein Büroarbeitsplatz weniger als 10 Quadratmeter. Im geplanten Umzug der Berufsbeistandspersonen, die aktuell noch an der Hörnlistrasse arbeiten, sind es etwas mehr als 10 Quadratmeter.

**Warum?**

Weil Beistände aus Diskretionsgründen nicht in Grossraumbüros arbeiten können. Zudem ist es ein Dienst mit Publikumsverkehr, der barrierefrei sein muss. Wir brauchen einen Empfang, Besprechungsräume, die die Diskretion der Klienten und die Sicherheit unserer Mitarbeitenden mit einem zweiten

Fluchtweg gewährleisten, weil Gespräche eskalieren können. Hinzu kommen Zugänge, Archivflächen, Beratungsräume für die Fachstelle Sucht, Aufenthaltsraum und einige Nebenfunktionen. Und: Die Miete ist tiefer als am bisherigen Standort.

**Trotzdem erscheint es fast wie eine Provokation, dass Sie den Dienst an der besagten Adresse in Pfäffikon unterbringen wollen, der in der Abstimmung abgelehnt wurde. Liess sich wirklich nichts anderes finden?** Wir haben im gesamten Bezirk alternative Standorte gesucht und sogar eine spezialisierte Agentur mit der Suche beauftragt. Die Suche war ergebnislos, was uns auf das ursprüngliche Mietobjekt zurückwarf. Dabei konnten wir die Mietkosten und die Vertragsdauer neu verhandeln. Also das, was vor vier Jahren kritisiert worden war.

**Die Beistandspersonen arbeiten derzeit im Annex des Bezirksgebäudes an der Hörnlistrasse, die Fachmitarbeitenden sind bereits an der Sophie-Guyer-Strasse 9 untergebracht. Warum ist es – gerade in Zeiten von Digitalisierung und von hybriden Arbeitsmodellen – so wichtig, die ganze Behörde an einem Standort zu haben?**

Die Zusammenlegung ist eine von mehreren Massnahmen zur Verbesserung der Qualität des Diensts. Man muss sich bewusst sein, dass Berufsbeistandschaften eine sehr anspruchsvolle und kräftezehrende Aufgabe geworden sind. Diese Mitarbeitenden sind so ziemlich mit allen Problemen unserer modernen Gesellschaft konfrontiert. Sie müssen

sich schnell und persönlich mit anderen Beistandspersonen austauschen können und ebenso mit Fachmitarbeitenden, die sich um die Buchhaltung oder die Sozialversicherungen kümmern. Hinzu kommt, dass trotz elektronischer Aktenführung viele Korrespondenz mit anderen Stellen immer noch auf Papier erfolgt.

**Die Option, den 1. Stock an der Sophie-Guyer-Strasse dazuzumieten, läuft Ende Jahr 2023 ab. Dieser Zeitdruck erweckt den Eindruck einer Zwängerei...**

Das sagen Sie! Ich nenne es eine einmalige Chance. Wenn wir sie verpassen, ist es für viele Jahre gelaufen. Es ist aber nur ein Grund für den Zeitdruck. Wir brauchen nächstes Jahr mehr Büroarbeitsplätze, sonst müssten wir dafür einen weiteren Standort eröffnen. Und zudem beginnen im Jahr 2025 die umfangreichen Umbauarbeiten im Bezirksgebäude an der Hörnlistrasse. Diese werden über Jahre für Beeinträchtigungen sorgen – für Mitarbeitende und unsere Klienten. Schliesslich sind wir mit einem komplett ausgetrockneten Arbeitsmarkt konfrontiert und müssen alles tun, um attraktive Arbeitsplätze bieten zu können.

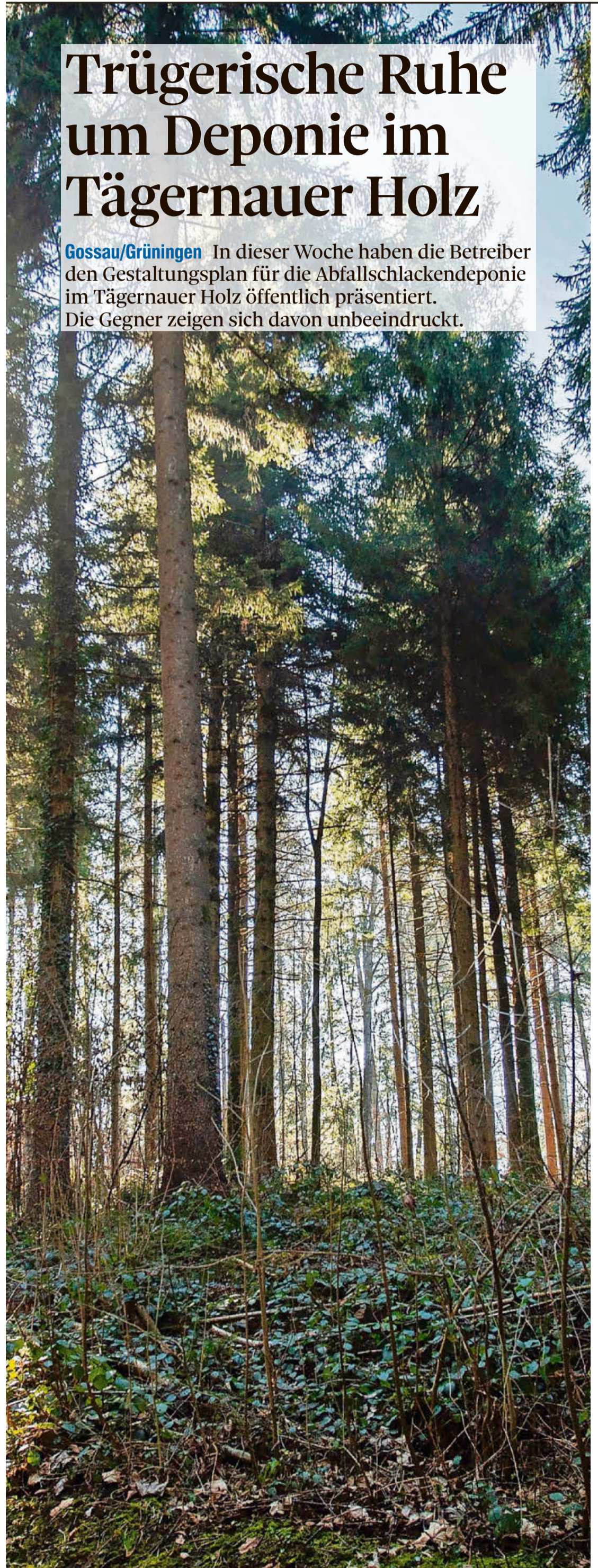
**Sprechen wir noch kurz über die Kosten. Um wie viel steigen die jährlichen Kosten für die zehn Gemeinden im Zweckverband mit den neuen Büroflächen?**

Einschliesslich des bereits erfolgten Teilbezugs am genannten Standort steigen die Kosten gegenüber dem Stand vor zwei Jahren um knapp 110 000 Franken für die kommenden Jahre, wovon rund 70 000 Franken Amortisationen sind, die nach zehn Jahren wegfallen. Zur Einordnung: Die Gesamtkosten für den Sozialdienst sind für 2024 mit 3,4 Millionen veranschlagt, über 90 Prozent davon sind Personalkosten. Es wäre unverantwortlich, so viel Geld für Personal auszugeben und dieses unter suboptimalen Bedingungen arbeiten zu lassen.

**Sandro Compagno**

## Trügerische Ruhe um Deponie im Tägernauer Holz

**Gossau/Grünigen** In dieser Woche haben die Betreiber den Gestaltungsplan für die Abfallschlackendeponie im Tägernauer Holz öffentlich präsentiert. Die Gegner zeigen sich davon unbeeindruckt.



Die Pläne für die Deponie wurden präsentiert, doch noch ist die Rodung im Tägernauer Holz noch nicht beschlossene Sache. Archivfoto: Seraina Boner